

Die bürgerlichen Parteien haben der kantonalen Politik mit ihrer Mehrheit im Grossen Rat auch während der zehnjährigen rot-grünen Regierungsmehrheit ihren Stempel aufgedrückt. Nun wird sein, dass sie für ihre Abbau- und Privatisierungspolitik nun geradestehen müssen und die Schuld für die Leistungskürzungen nicht mehr einer linken Regierung in die Schuhe schieben können.

Das wird nicht einfach, denn die bisherige Regierung hat vieles gut gemacht. Ihr Erfolgsrezept war der Ausgleich. Sie hat auf eine gute Balance zwischen sozialen Anliegen und finanzpolitischen Interessen geachtet wie auch auf den Ausgleich zwischen den wirtschaftsstarke und -schwachen Regionen.

Und die rot-grüne Regierungsmehrheit war finanziell erfolgreich, mit positiven Rechnungsabschlüssen in neun von zehn Jahren. Das ist eine hohe Messlatte für die neue Regierung. Diese wird nur Erfolg haben, wenn sie sich auf eine gemässigte Politik ohne sozialen Kahlschlag und Entsolidarisierung besinnt und es versteht, den Grossen Rat von Extremforderungen abzuhalten.

1. Hört auf mit den Geschenken an die eigene Klientel. Daran krankt die bürgerliche Politik derzeit am meisten. Weder masslose Steuererleichterungen an Grosskonzerne und Reiche noch Sondergeschenke an Bauern und andere Interessengruppen, wie es der bürgerliche Nationalrat jüngst auf unverschämte Art vorgemacht hat, sind ange-sagt. Moderate Steuersenkungen sind nur verantwortbar, wenn sie gegenfinanziert werden, also keinen Leistungsabbau zulasten der Bevölkerung verursachen.

2. Emanzipiert euch von euresgleichen in Zürich, Basel und Zug, die Bern dauernd wegen der Bezüge aus dem Lastenausgleich unter Druck setzen. Steht ein für Bern, verteidigt unseren Kanton statt einzuknicken und ins Lied von Köppl und Co einzustimmen. Bern leistet als zweisprachiger Hauptstadtkanton und Brückenbauer zwischen Romandie und Deutschschweiz viel für die

Gast in der BZ



Ursula Marti Präsidentin SP Kanton Bern

Appell für eine gemässigte Politik ohne sozialen Kahlschlag

Schweiz. Bern hat weitläufige Landschaften und Berggebiete, wahre Schätze der Schweiz, die wir erhalten. Der Pro-Kopf-Beitrag, den Bern erhält, ist nicht grösser als jener anderer Landkanton, und er ist gerechtfertigt.

3. Ihr wollt die Wirtschaft fördern – tut das, aber vergesst nicht: Viel wichtiger als die Unternehmenssteuern zu senken sind Investitionen in die Bildung, damit wir künftig viele gute Fachkräfte haben und Innovation entsteht. Genauso braucht es Investitionen in die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen, ethisches und ökologisches Handeln sind ebenfalls wichtige Voraussetzungen für eine florierende und gesunde Wirtschaft.

4. Sorgt für eine gute Lebensqualität und gute Infrastrukturen. Besonders nötig ist bezahlbarer Wohnraum in verdichteten, gut durchmischten Siedlungen mit attraktivem Wohnumfeld, an Orten, wo der öffentliche Verkehr, Kinderbetreuungsstätten und Schulen, Gesundheitsversorgung und Einkaufsmöglichkeiten gut erreichbar sind. Infrastrukturen sollen nach dem Prinzip «dezentrale Zentralisierung» bedarfsgerecht gefördert werden.

5. Tragt Sorge zu den sozialpolitischen Errungenschaften. Es sind diese Errungenschaften, die auch eurer Wählerschaft wertvoll sind. Das hat die gewonnene Referendum gegen den Abbau bei den Prämienvergütungen gezeigt. Die soziale Sicherheit ist ein Teil unserer Lebensqualität. Es ist niemand davor gefeit, plötzlich auf Unterstützung angewiesen zu sein.

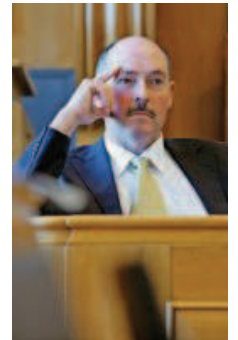
Was gar nicht geht: Die Sozialhilfebeiträge unter das schweizerische Skos-Minimum zu drücken und mit bernischen Sonderrestriktionen schweizweit Vorreiter für den Sozialabbau zu werden. Besinnt euch, Bürgerliche!

Die SP ist bereit, konstruktiv mit der neuen Regierung zusammenzuarbeiten, sofern unsere Positionen ernst genommen werden. Wir bringen viel Regierungserfahrung mit, gerade auch aus Städten wie Bern, die heute höchste Lebensqualität bieten und wirtschaftlich erfolgreich sind. Das bringen wir gerne ein.

Mail: kantonbern@bernerzeitung.ch

Regierung genehmigte Geld am Parlament vorbei

JUNISESSION Der Grosse Rat muss nachträglich einen Kredit absegnen, den die Regierung bereits genehmigt hat. Finanzkontrolle und Finanzkommission rügen, der Regierungsrat habe seine Kompetenzen überschritten.



Jörg Iseli kritisiert die Regierung.

Ohne Finanzkontrolle und Finanzkommission würde der Grosse Rat im Juni ein Traktandum weniger behandeln: Der Regierungsrat hatte 2013 einen Kredit für neue Mieträume für die Hochschule der Künste bewilligt. Zu Unrecht, wie Finanzkontrolle und Finanzkommission nun rügen. Denn bei einem Teil der Ausgaben handle es sich um ein Finanzleasing, dessen Kosten als Investition und nicht als Mietausgaben hätten bewilligt werden sollen.

Nicht das erste Mal

Die Finanzkommission fordert, dass die Regierung den Kredit von 16,8 Millionen Franken dem Grosse Rat vorlegt. Laut Kommissionspräsident Jörg Iseli (SVP, Zwieselberg) reißt sich dieser Kredit in eine Folge von anderen, bei denen der Regierungsrat in den letzten Jahren seine Kompetenzen überschritten habe. Die Finanzkommission habe dann jeweils das Gespräch mit der Regierung gesucht, so Iseli. Gerade bei wiederkehrenden Krediten wie etwa jenem für die Krankentaggversicherung habe die Kommission nicht immer darauf bestanden, dass der Grosse Rat nachträglich mitreden soll.

dass der vorliegende Kredit nun der letzte ist, der eine nachträgliche Bewilligung braucht.

Regierung findet korrekt

Die Regierung jedoch legt dem Parlament den Kredit nur widerwillig vor, wie der Vorlage zu entnehmen ist: Im Dezember 2013 sei das Vorgehen rechtlich korrekt gewesen, schreibt sie. Thomas Remund von der Finanzkontrolle widerspricht: Bereits zuvor habe es Fälle gegeben, in denen Mieterausbauten in Fremdieigenschaften nicht als Investitionen, sondern als Mietausgaben klassifiziert worden seien. Deshalb habe ab 2013 eine interne Regelung gegolten, die eine richtige Behandlung habe sicherstellen sollen.

Dass das Parlament den Kredit für die Hochschule ablehnt, ist unwahrscheinlich. Dies würde laut der Regierung bedeuten, dass die Schule den Fachbereich Musik in Bern schliessen müsste. Die neuen Räume an der Ostermuidgenstrasse will die Regierung mieten, weil der Platz in den bisherigen Räumlichkeiten zu eng wurde. Die Hochschule soll im Februar 2017 einziehen.

Sandra Rutsch

boerse.bernerzeitung.ch

Anlagefonds

Swiss Funds Pool

Reihenfolge Fondsinformationen: Valorennummer, Fondsname, Anlagekategorie, Rechnungswährung, Ausschüttungspolitik, Konditionen Ausgabe / Rücknahme, Inventarwert (Aktualisierungsstand: 10.05.2016), Besonderheiten, Performance 2016 in %

Quelle: www.swissfundsdata.ch

Table with 3 columns: GL Funds, GL Funds, Since 1995. Lists various funds like 10171085 BI Physical Commodity Fund CHF, 2340575 MI-Fonds (CH) Swf-Bd MT A, etc.

Table with 3 columns: RAIFFEISEN, RAIFFEISEN, RAIFFEISEN. Lists various funds like 470553 Raiffeisen Euro Money A, 470554 Raiffeisen Euro Money B, etc.

Table with 3 columns: RBA Banken, RBA Banken, RBA Banken. Lists various funds like 950498 Raiffeisen Pension Invest Futura Yield A, 10229541 Raiffeisen Pension Invest Futura Yield I, etc.

wmpartners logo and text. Includes 'Erklärungen:' section with 8 numbered points explaining fund details and conditions.